



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter [www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

ODD ARNE WESTAD

DER  
KALTE  
KRIEG

EINE WELTGESCHICHTE

Aus dem Amerikanischen übersetzt  
von Helmut Dierlamm und Hans Freundl

Diese Leseprobe umfasst Auszüge aus  
der Einleitung »Die Formierung der Welt« und  
Kapitel 11 »Die Herausforderungen Kennedys«.

Letzte Korrekturen sind nicht enthalten.  
Bitte nicht vor dem 21. September 2019 besprechen.

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

[www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel  
»The Cold War. A World History«  
im Verlag Allen Lane (Penguin Books), London  
© Odd Arne Westad, 2017

Für die deutsche Ausgabe

© 2019 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung  
Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart  
Alle deutschsprachigen Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

Unter Verwendung eines Fotos von © akg-images / Gert Schütz

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

ISBN 978-3-608-98148-3

# INHALTSVERZEICHNIS

Die Formierung der Welt

- 1 Ausgangspunkte
- 2 Prüfungen des Krieges
- 3 Europäische Asymmetrien
- 4 Rekonstruktionen
- 5 Das neue Asien
- 6 Die koreanische Tragödie
- 7 Die östliche Hemisphäre
- 8 Die Herausbildung des Westens
- 9 Der Fluch Chinas
- 10 Zerfallende Imperien
- 11 Die Herausforderungen Kennedys
- 12 Begegnung mit Vietnam
- 13 Der Kalte Krieg und Lateinamerika
- 14 Die Breschnew-Ära
- 15 Nixon in Beijing
- 16 Der Kalte Krieg und Indien

- 17 In den Strudeln des Nahen Ostens
- 18 Abkehr von der Entspannung
- 19 Neue Vorzeichen für Europa
- 20 Gorbatschow
- 21 Globale Transformationen
- 22 Europäische Realitäten

Die Welt, die der Kalte Krieg prägte

## **ANHANG**

Dank und Methodik

Anmerkungen

Personen- und Ortsregister

## DIE FORMIERUNG DER WELT

In den sechziger Jahren, als ich in Norwegen aufwuchs, war die Welt durch den Kalten Krieg gespalten. Er spaltete Familien, Städte, Regionen und Länder. Er verursachte Angst und einige Verwirrung: War es sicher, dass nicht schon morgen eine Atomkatastrophe passieren würde? Wie könnte sie ausbrechen? Die Kommunisten bildeten eine kleine Gruppe in meiner Heimatstadt, sie waren verdächtig, weil sie andere Ansichten hatten und vielleicht auch weil ihre Loyalität, wie oft genug gesagt wurde, nicht unserem Land, sondern der Sowjetunion galt. In einem Staat, den Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg besetzt hatte, war die Loyalität zum falschen Land eine ernste Angelegenheit: Sie implizierte Verrat in einer Region, in der man vor dem Hochverrat auf der Hut war. Norwegen grenzte im Norden an die Sowjetunion, und wenn sich die Temperatur der internationalen Beziehungen nur ein bisschen erhöhte, stieg sie auch entlang des meist zugefrorenen Flusses, der die Grenze markierte. Selbst im stillen Norwegen war die Welt geteilt, und man kann sich manchmal kaum noch daran erinnern, wie schwerwiegend die Konflikte waren.

Der Kalte Krieg war eine Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die in den Jahren von 1945 bis 1989 ihren Höhepunkt hatte, obwohl ihre Ursprünge viel weiter in der Vergangenheit lagen und ihre Folgen heute noch zu spüren sind. Auf seinem Zenit stellte der Kalte Krieg ein internationales System in dem Sinne dar, als dass die führenden Mächte der Welt ihre gesamte Außenpolitik an irgendeiner Beziehung zum Kalten Krieg ausrichteten. Die mit dem Kalten Krieg einhergehenden konkurrierenden Gedanken und Ideen beherrschten die meisten innenpolitischen Diskurse. Dennoch war der Kalte Krieg selbst auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwar das beherrschende, aber längst nicht das einzige

Thema. Im späten 20. Jahrhundert gab es viele wichtige historische Entwicklungen, die weder durch den Kalten Krieg hervorgerufen noch von ihm bestimmt waren. Er war nicht für alle Phänomene entscheidend, aber er beeinflusste die meisten, und zwar oft zum Schlechteren: Die Konfrontation trug dazu bei, eine von den Supermächten dominierte Welt zu zementieren, eine Welt, in der Macht und Gewalt oder die Androhung von Gewalt zum Maßstab internationaler Beziehungen wurden und in der Überzeugungen zum Absoluten tendierten: Nur das eigene System war gut, das andere war von Grund auf böse.

Das Erbe des Kalten Krieges beruht zu einem Großteil auf dieser Art von Absolutheit. In ihrer schlimmsten Ausprägung wird man mit ihr in den amerikanischen Kriegen im Irak und in Afghanistan konfrontiert: die moralischen Gewissheiten, der Verzicht auf Dialog, das Vertrauen in rein militärische Lösungen. Doch sie ist auch im dogmatischen Glauben an die freie Marktwirtschaft oder an von oben diktierte Lösungen sozialer Probleme oder in Bezug auf Generationsprobleme zu finden. Manche Regime beanspruchen heute noch autoritäre Formen der Legitimität, die auf den Kalten Krieg zurückgehen: China ist seiner Größe wegen das beste Beispiel und Nordkorea das schlimmste, aber Dutzende von Ländern, von Vietnam und Kuba bis Marokko und Malaysia, haben in einem erheblichen Ausmaß Kennzeichen des Kalten Krieges in ihre Regierungssysteme integriert. Viele Weltregionen haben immer noch mit Umweltproblemen, mit sozialer Ungleichheit oder mit ethnischen Konflikten zu kämpfen, die durch das letzte große internationale System forciert wurden. Manche Kritiker behaupten, das Konzept des unaufhörlichen Wirtschaftswachstums, das langfristig zu einer Bedrohung für den menschlichen Wohlstand oder gar für das Überleben der Menschheit werden könnte, sei in seiner modernen Form aus der Konkurrenz innerhalb des Kalten Krieges erwachsen.

Um dem System (dieses eine Mal) Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: Es gab auch weniger negative Aspekte des Kalten Krieges, wenigstens was das Ende des Konflikts betrifft. Nur sehr wenige Westeuropäer oder Südostasiaten hätten lieber in den kommunistischen Staaten gelebt, die im Ostteil ihrer Kontinente entstanden waren. Und wenngleich das Erbe der amerikanischen Interventionen *in Asien* heute gewöhnlich rundweg verurteilt wird, ist eine Mehrheit der *Europäer* damals wie heute überzeugt davon, dass die US-amerikanische Militärpräsenz in ihren Ländern der

Aufrechterhaltung des Friedens und der Entwicklung demokratischer Staaten diente. Die bloße Tatsache, dass die Konfrontation im Kalten Krieg friedlich endete, war natürlich von überragender Bedeutung: Da es genug Atomwaffen gab, um die Welt mehrfach zu vernichten, waren wir alle auf Mäßigung und Weisheit angewiesen, um eine nukleare Apokalypse zu verhindern. Der Kalte Krieg war vielleicht nicht der lange Frieden, den manche Historiker in ihm sehen. Doch auf den höheren Ebenen des internationalen Systems, in den USA und der Sowjetunion, wurde der Krieg so lange vermieden, dass ein Wandel stattfinden konnte. Von diesem langen Aufschub war unser aller Überleben abhängig.

Was war dann das Besondere am Kalten Krieg als internationalem System im Vergleich zu anderen solchen Systemen in der Geschichte? Wenngleich die meisten Weltordnungen multipolar waren, also von vielen rivalisierenden Mächten geprägt, sind doch einige Vergleiche möglich. Die europäische Politik zwischen den 1550er Jahren und dem frühen 17. Jahrhundert war zum Beispiel stark beeinflusst durch eine bipolare Rivalität zwischen Spanien und England, die mit dem Kalten Krieg einige Merkmale gemeinsam hatte. Die Ursprünge jener Rivalität waren zutiefst ideologisch, wobei die spanischen Monarchen sich als Vertreter des Katholizismus und die englischen als Vertreter des Protestantismus verstanden. Beide Staaten schlossen Bündnisse mit ideologisch gleichgesinnten Staaten, und Kriege wurden weit entfernt von den imperialen Zentren ausgetragen. Diplomatische Kontakte und Verhandlungen gab es nur begrenzt, jede Partei betrachtete die andere als ihren natürlichen und vorgegebenen Feind. Die Eliten beider Länder glaubten leidenschaftlich an ihre Sache und daran, dass der Lauf der folgenden Jahrhunderte davon abhing, wer in der Konfrontation den Sieg davontrug. Die Entdeckung Amerikas und der wissenschaftliche Fortschritt im Jahrhundert Keplers, Tycho Brahes und Giordano Brunos führte dazu, dass sehr viel auf dem Spiel stand: Wer immer den Sieg errang, so glaubte man, werde die Zukunft nicht nur beherrschen, sondern sie auch für seine Zwecke in Anspruch nehmen.

[...]

Es besteht kein Zweifel, dass die leidenschaftliche Konfrontation der Ideen stark zur Bipolarität des Kalten Krieges beitrug. Die herrschende Ideologie der Vereinigten Staaten mit ihrer Betonung von Marktwirtschaft,

Mobilität und Mutabilität war universalistisch und teleologisch dank des immanenten Glaubens, dass sich alle Gesellschaften europäischen Ursprungs unweigerlich in die gleiche allgemeine Richtung wie die Vereinigten Staaten bewegen würden. Der Kommunismus, die spezielle in der Sowjetunion entwickelte Form des Sozialismus, wiederum war als Antithese zu der von den Vereinigten Staaten repräsentierten kapitalistischen Ideologie angelegt: als eine alternative Zukunft sozusagen, die sich die Menschen überall erkämpfen konnten. Wie viele Amerikaner glaubten auch die führenden Politiker der Sowjetunion, dass die »alten« Gesellschaften, die auf lokaler Identifikation, sozialer Fügsamkeit und Rechtfertigung der Vergangenheit beruhten, tot seien. Sie konkurrierten um die Gesellschaft der Zukunft, und von dieser gab es nur zwei wirklich moderne Versionen: die Marktwirtschaft mit all ihren Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten und die Planwirtschaft, die rational und integriert war. In der Sowjetideologie stellte der Staat eine Maschine dar, die für die Verbesserung des Schicksals der Menschheit arbeitete. Dagegen waren die meisten Amerikaner gegen die zentralisierte Macht des Staates und fürchteten deren Folgen. Damit war die Bühne für eine intensive Konkurrenz der Systeme bereitet, bei der nach Ansicht beider Parteien nichts Geringeres als das Überleben der Menschheit auf dem Spiel stand.

Dieses Buch versucht, den Kalten Krieg als globales Phänomen innerhalb eines Betrachtungszeitraums von 100 Jahren einzuordnen. Es beginnt in den 1890er Jahren, den Jahren mit der ersten globalen Krise des Kapitalismus, der Radikalisierung der europäischen Arbeiterbewegung und der Expansion der Vereinigten Staaten und Russlands zu transkontinentalen Reichen. Es endet um das Jahr 1990 mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Aufstieg der USA zu einer echten globalen Hegemonialmacht.

## DIE HERAUSFORDERUNGEN KENNEDYS

Die Bilanz von General Eisenhower als US-Präsident im Kalten Krieg war sehr gemischt. Gestützt auf seine große internationale Erfahrung, war es Eisenhower gelungen, nicht wie sein Vorgänger einer permanenten Krisenstimmung zu erliegen oder in Verzweiflung zu verfallen. Er hatte die USA aus dem Koreakrieg herausgeführt und – was ebenso wichtig war – vermeiden können, dass sich das Land gleich wieder in einen neuen Krieg in Asien verstrickte. Doch Eisenhower hatte auch die enorme Militarisierung des Kalten Krieges zu verantworten, die zu einer Vergrößerung des amerikanischen Atomarsenals von 370 Sprengköpfen im Jahr 1950 auf mehr als 40 000 Sprengköpfe im Jahr 1960 geführt hatte. Er hatte durch seine verdeckten Interventionen im Iran und in Guatemala die radikalen Nationalisten im Nahen Osten und in Lateinamerika verprellt. Und er hatte es versäumt – hauptsächlich aus innenpolitischen ideologischen Motiven –, nach Stalins Tod die Chancen auf eine echte Entspannung im Konflikt mit der Sowjetunion zu nutzen.

Dass sich aber Eisenhowers Denken dennoch stärker in die Zukunft richtete, hatte wohl größtenteils mit seinem vorherigen Berufsleben als militärischer Befehlshaber zu tun. Seine Versuche, mit den Führern der Dritten Welt ins Gespräch zu kommen und regelmäßige Gipfeltreffen mit den Sowjets einzuführen, erfolgten aber erst gegen Ende seiner Präsidentschaft. Symbolischerweise war sein letztes Treffen mit Chruschtschow abgesagt worden, weil die UdSSR kurz vorher ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug im russischen Luftraum abgeschossen hatte. Nachdem er während seiner Präsidentschaft den bislang massivsten Ausbau der militärischen

Fähigkeiten der USA in die Wege geleitet hatte, richtete Eisenhower in seiner Abschiedsansprache mahnende Worte an seine Landsleute: »[...] Wir müssen auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes, ob diese gewollt oder ungewollt sind. Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht wird weiter bestehen.«

Es war daher ein zwiespältiges Erbe, das Eisenhower seinem Nachfolger hinterließ. Der junge, Ende 1960 zum 35. Präsidenten gewählte John F. Kennedy hatte mit Herausforderungen zu kämpfen, die ihm die vorhergehende Regierung vermacht hatte oder die sich zum Teil schon vor seiner Amtsübernahme im Januar 1961 aus den raschen Veränderungen der Welt ergeben hatten. Er musste mit einer Krise in Laos fertig werden, wo Aufständische die von den USA gestützte Regierung bedrohten. Er versuchte, die Führer der Demokraten im Kongress dazu zu bewegen, ein stärkeres Engagement der USA im Ausland, höhere Militärausgaben und eine Steigerung der Entwicklungshilfe zu unterstützen. Und er bemühte sich, dem skeptischen Militär und den Geheimdiensten zu beweisen, dass ein junger, demokratischer und katholischer Präsident nicht nur ein fähiger Oberbefehlshaber war, sondern auch eher als sein erfahrener Vorgänger in der Lage war, den Kalten Krieg zu gewinnen. Es war ein turbulentes erstes Amtsjahr, in dem sich Versprechungen und Niederlagen die Waage hielten.

John F. Kennedy war der erste US-Präsident, der im 20. Jahrhundert geboren wurde. Er war auch der jüngste bislang gewählte Präsident, als er mit 43 Jahren das Amt von seinem knapp 30 Jahre älteren Vorgänger übernahm. Dass mit Kennedy erstmals ein Katholik zum Präsidenten gewählt wurde, war ein Zeichen dafür, dass sich das politische Establishment auf neues demografisches Terrain ausrichtete. [...] JFK – wie auch andere amerikanische Präsidenten wurde er nach seinen Initialen genannt – war dazu erzogen worden, zu siegen und sich durchzusetzen, im Leben wie in der Politik, und er verfügte über die Intelligenz und den Charme, die ihm dies häufig auch ermöglichten.

Nach Kennedys Wahl erfasste eine Welle der Euphorie das Land, wenn es auch ein hart errungener und sehr knapper Sieg gegen Eisenhowers Vizepräsidenten Richard Nixon war. Doch Kennedys junges Alter, sein Elan und seine positive Ausstrahlung begeisterten die Menschen, auch

viele, die ihn politisch nicht unterstützten. In seiner Antrittsrede wies der neue Präsident die Sowjets darauf hin, dass er nicht bereit sei, »... tatenlos einer schleichenden Aushöhlung jener Menschenrechte zuzusehen, denen diese Nation immer verpflichtet war ... In der langen Geschichte der Welt ist nur wenigen Generationen die Rolle übertragen worden, die Freiheit in der Stunde ihrer größten Gefahr zu verteidigen. [...]«

Wie schon im Wahlkampf sagte Kennedy auch nach seiner Wahl, es sei durchaus möglich, dass die Vereinigten Staaten gegen die Sowjets verlieren könnten. Standfestigkeit allein sei nicht ausreichend, verkündete er in einem indirekten Angriff auf seinen Vorgänger. JFK wollte, dass die USA den Kalten Krieg gewinnen, wenngleich ihm immer unklar blieb, worin dieser Sieg eigentlich bestehen sollte. Im Wahlkampf hatte er unzutreffend behauptet, dass eine »Raketenlücke« vorhanden und die Sowjetunion den USA bezüglich Nuklearwaffen und Interkontinentalraketen überlegen sei. In Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall, und Kennedy wusste dies wahrscheinlich auch. Dennoch beschwor er diese fiktive »Lücke«, um seine Bereitschaft zu unterstreichen, die Sowjets im Kampf um die globale Macht zu überflügeln. Für JFK waren die sechziger Jahre ein Jahrzehnt enormer Gefahren und enormer Chancen. Die Welt erschien ihm gewissermaßen als eine plastische Masse, und es war die Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika, dieser eine neue Form zu geben.

Im Laufe der Zeit wurde Kennedys forsche Herangehensweise durch die Ereignisse etwas gebremst. In seiner Präsidentschaft, die auf tragische Weise vorzeitig endete, war die kubanische Raketenkrise das prägende Ereignis, in deren Verlauf die Sowjetunion und die USA näher an einen Atomkrieg heranrückten als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt des Kalten Krieges. In der Zeit, die Kennedy nach der Kubakrise im Oktober 1962 noch verblieb, bemühte er sich ernsthafter um Kompromisse und um einen dauerhaften Frieden. Doch von seiner stark ideologisch geprägten Einstellung rückte er nicht ab. Kennedy, der mehr von einem Intellektuellen hatte als alle übrigen amerikanischen Präsidenten während des Kalten Krieges, liebte die Diskussion über neue Ideen und versuchte, Veränderungen zu verstehen. Er teilte die Überzeugung von Präsident Wilson, dass sein Land nur dann sicher würde leben und seine historische Mission würde erfüllen können, wenn es gelang, andere Länder den USA anzugleichen. Und mehr

als alle vorhergehenden Jahrzehnte schienen die sechziger Jahre dem jungen Präsidenten die Gelegenheiten dafür zu bieten.

Die erste große Herausforderung, vor der Kennedy stand, war das Verhältnis der USA zu den Ländern in der Dritten Welt. Als Senator war Kennedy ein klarer Befürworter eines verstärkten Engagements der USA für die Probleme der vor kurzem unabhängig gewordenen Länder und die Bekämpfung des Kolonialismus, zum Beispiel im Hinblick auf Algerien. Sein Engagement war jedoch nicht nur ideologisch, sondern auch moralisch motiviert. Er fürchtete zudem, dass die USA wichtige Chancen verpassen würden, wenn sie keine engeren Verbindungen mit den jungen Staaten suchten, und dass sich die Sowjetunion die Untätigkeit der USA zunutze machen würde. [...]

Kennedy glaubte, wenn die USA den Kalten Krieg gewinnen wollten, müssten sie verhindern, dass sich die postkolonialen Staaten in die Arme der Sowjetunion treiben ließen. Eisenhower sei in dieser Hinsicht zu passiv gewesen, meinte der neue Präsident. Seine Regierung entwickelte ein Konzept, das verstärkte wirtschaftliche Hilfe mit der Ausbildung US-amerikanischer und einheimischer Truppen für die Bekämpfung von Aufständischen verband. Die Ausgaben der USA für Entwicklungshilfe stiegen deutlich, machten aber immer noch lediglich 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Einige Monate nach seinem Amtsantritt gründete Kennedy das US-Friedenskorps, das die globalen Entwicklungsbemühungen unterstützen sollte. [...]

Sicherheitspolitisch konzentrierte sich Kennedy zunächst auf Südostasien, wo seit der Teilung Vietnams im Jahr 1954 Aufstände gegen Regime, die von den USA unterstützt wurden, im Gange waren. Die Laoskrise war für Kennedy ein Paradebeispiel für jene Art von Herausforderungen, die der Kalte Krieg in der Dritten Welt mit sich bringen sollte. Er glaubte, dass die laotischen Kommunisten und ihre Verbündeten, die Nordvietnamesen, die Chinesen und die Sowjets, eine direkte Provokation gegen ihn als den neuen Präsidenten beabsichtigten. Es war ein Fehdehandschuh, der ihm hingeworfen wurde und den Kennedy nur allzu gern aufnahm. Er erklärte seinen Beratern, er werde »in Laos alles tun, was wir können«, zögerte aber mit der Entsendung von US-Bodentruppen, denn er hoffte, er könnte die Kommunisten durch die Androhung einer militärischen Intervention dazu zwingen, einer politischen Lösung zuzustimmen. Im Zuge dieser Strategie

ermächtigte das Weiße Haus die CIA zu verdeckten Operationen in Laos, die sich auf das Grenzgebiet zu China konzentrierten. Kennedy entsandte zudem die 7. US-Kriegsflotte in das Südchinesische Meer und versetzte die Kampftruppen in Okinawa in den Alarmzustand. Später schickte er Truppen nach Thailand. Durch seine Kriegsdrohungen hoffte Kennedy, Frieden zu erreichen, eine waghalsige Herangehensweise, die er im Laufe seiner Präsidentschaft auch in ernsteren Konflikten verfolgte. [...]

Kennedys Vorstellungen bezüglich Europa waren wesentlich begrenzter als jene für die Dritte Welt. Er hatte nicht die Absicht, die dortigen politischen Kräfteverhältnisse zu verändern, und vermutete, dass auch Chruschtschow zumindest bis auf weiteres mit der bestehenden Regelung in Europa zufrieden war. Der wichtigste Streitpunkt war die Frage der Kontrolle über die geteilte deutsche Hauptstadt Berlin, aber Kennedy war sich nicht vollends im Klaren darüber, wie ärgerlich dieses Problem für seinen sowjetischen Gegenpart geworden war. Chruschtschow betrachtete Berlin – der einzige Teil Deutschlands, in dem die Menschen noch ungehindert zwischen Ost und West hin und her wechseln konnten – als eine Wunde im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik, dem östlichen Teil Deutschlands, der nun ein kommunistischer Staat war und in dem 250 000 Soldaten der Roten Armee stationiert waren. Das Problem bestand darin, dass die Ostdeutschen, vor allem jene mit einer guten Ausbildung, weiterhin in Scharen in den Westen abwanderten. Im Jahr 1960 waren mehr als 190 000 Menschen aus dem Streben nach Freiheit und einem besseren Einkommen in den Westteil Berlins übergewechselt.

Sowohl die ostdeutschen Partei- und Staatsführer als auch führende Funktionäre der KPdSU wollten von Chruschtschow wissen, was er bezüglich der Situation in Berlin zu unternehmen gedenke. Für die ostdeutschen Kommunisten war die Situation unhaltbar: Nicht nur verließ eine große Zahl qualifizierter Menschen ihren Herrschaftsbereich, auch die Art, wie sie gingen – unter Verstoß gegen Kontrollen und Anordnungen –, verhöhnte die Autorität von Walther Ulbricht und der DDR-Regierung. Aber die DDR-Führung konnte nicht viel dagegen unternehmen, so lange zum Beispiel die U-Bahn ungehindert durch die gesamte Stadt fuhr. Ulbricht erläuterte Chruschtschow im November 1960, dass »die Situation in Berlin kompliziert geworden ist, und zwar zu unseren Ungunsten. Westberlin ist wirtschaftlich stärker geworden. Dies zeigt sich in der Tatsache, dass täg-

lich 50 000 Arbeiter aus Ostberlin ... nach Westberlin zum Arbeiten fahren, weil dort höhere Löhne gezahlt werden. Warum erhöhen wir nicht auch die Löhne? ... Erstens, weil uns dazu die Mittel fehlen. Und zweitens, wenn wir die Löhne erhöhen würden, dann könnten wir die gestiegene Kaufkraft nicht mit den Gütern befriedigen, die wir haben, und die Leute würden mit diesem Geld Dinge in Westberlin kaufen.«

Chruschtschow begegnete Kennedy im Sommer 1961 zum ersten Mal auf einem Gipfeltreffen in Wien. Kennedy hatte um das Treffen nachgesucht. Er hatte seinen Beratern erklärt, er wolle dem Sowjetführer zeigen, dass »wir genauso hart sein können wie er«. Doch die Gespräche verliefen nicht erfolgreich. Chruschtschow befand sich in einer aufgewühlten Stimmung, zeigte aber auch Anzeichen von Verärgerung. Er war noch immer aufgebracht über die Ermordung von Lumumba und den Verlust des sowjetischen Einflusses im Kongo. Aber die Sowjetunion hatte gerade den ersten Menschen ins Weltall geschossen und die USA hatten in Kuba und ihren Beziehungen zu den europäischen Verbündeten Rückschläge erlitten. Unklugerweise versuchte Chruschtschow, den wesentlich jüngeren amerikanischen Präsidenten zu Zugeständnissen zu nötigen. Dabei stand für ihn das Problem in Berlin im Vordergrund.

Zuerst erteilte Chruschtschow Kennedy eine Lektion in Sachen Ideologie. In Anspielung auf die Beschuldigung, dass die Sowjetunion die Weltrevolution propagieren würde, stellte er klar, dass »der Präsident die falschen Schlüsse zieht. Er glaubt, wenn sich Menschen gegen Tyrannen erheben, sei dies eine Folge von Handlungen Moskaus. Das ist nicht der Fall. Wenn die USA dies nicht begreifen, wird es gefährlich. Die UdSSR schürt nicht die Revolution, aber die Vereinigten Staaten suchen stets nach Kräften von außerhalb, wenn es irgendwo zu Unruhen kommt.« In Bezug auf Berlin ließ Chruschtschow Verhandlungsbereitschaft erkennen, doch am Ende des Jahres, erklärte er, werde »die UdSSR einen einseitigen Friedensvertrag unterzeichnen, und sämtliche Rechte des Zugangs zu Berlin werden erlöschen, weil dann der Kriegszustand beendet ist«. Kennedy erwiderte mit ähnlicher Offenheit: »Die Vereinigten Staaten können kein Ultimatum akzeptieren. Wenn wir aus Westberlin abziehen, würden die USA isoliert werden.« Darauf wiederholte Chruschtschow: »Die UdSSR wird einen Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der DDR wird gewahrt bleiben. Jede Verletzung dieser Souveränität wird von der

UdSSR als ein Akt unverhüllter Aggression gegen ein friedliebendes Land betrachtet werden mit allen daraus resultierenden Konsequenzen ... Die UdSSR wünscht keine Veränderungen; sie möchte lediglich die Situation normalisieren, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat. Es ist eine Tatsache, dass Westdeutschland zur westlichen Staatengruppe gehört, und dies wird von der UdSSR anerkannt. Ostdeutschland ist ein Verbündeter der sozialistischen Staaten, und auch dies sollte als eine vollendete Tatsache anerkannt werden.« Präsident Kennedy »beschloss die Unterredung mit der Bemerkung, dass es wohl ein kalter Winter werden würde«.

»Ich habe noch nie einen Mann wie ihn kennengelernt«, rief Kennedy nach seinem Treffen mit Chruschtschow entnervt aus. Dem US-Präsidenten erschien der Sowjetführer anmaßend und aggressiv, aber auch darauf bedacht, einen Krieg zu vermeiden und sein Ansehen zu wahren. Nach seiner Rückkehr in die USA ersuchte Kennedy den Kongress, zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar für Militärausgaben zu bewilligen, um sechs neue Divisionen in der Armee und zwei in der Marine aufzustellen. Er plante auch, die Zahl der neu eingezogenen Rekruten zu verdreifachen und die Reservisten einzuberufen. Chruschtschow reagierte erzürnt. »Wir haben Kennedy zu seiner Wahl im vergangenen Jahr verholfen«, prahlte er vor einer Gruppe von Wissenschaftlern, als er seine Absicht kundtat, die Atomversuche wieder aufzunehmen, die von beiden Ländern 1958 ausgesetzt worden waren. »Dann haben wir uns mit ihm in Wien getroffen, eine Begegnung, die ein Wendepunkt hätte sein können. Aber was sagt er? Verlangen Sie nicht zu viel von mir. Bringen Sie mich nicht in die Bredouille. Wenn ich zu viele Zugeständnisse mache, werde ich aus dem Amt gejagt.« Was ist das für ein Mann? Er kommt zu einem Treffen, kann aber nichts aushandeln. Wofür brauchen wir einen solchen Mann? Warum soll man Zeit vergeuden und mit ihm verhandeln?«

Chruschtschows falsche Einschätzung Kennedys veranlasste ihn dazu, in Berlin ähnlich selbstzerstörerisch vorzugehen wie Stalin bei der Berlinblockade 1948. Im Spätsommer 1961 befanden sich beide Staatsführer in Bezug auf Deutschland im Krisenmodus. Keine Seite strebte einen militärischen Konflikt an, wollte sich aber auch nicht mit der bestehenden Situation zufriedengeben. Chruschtschow hatte das Problem der Abwanderung aus Ostdeutschland zu lösen und Kennedy musste zeigen, dass er entschieden auf der Seite der westdeutschen Regierung und der NATO-

Verbündeten stand. Chruschtschow handelte als erster. Er griff einen Vorschlag auf, den Ulbricht schon vor einiger Zeit gemacht hatte: Er wollte eine Mauer errichten, die Ostberlin physisch vom Westen der Stadt trennte. Bevor er grünes Licht für dieses Projekt gab, besuchte der Sowjetführer inkognito die deutsche Hauptstadt und ließ sich durch Westberlin chauffieren. »Ich bin kein einziges Mal aus dem Auto ausgestiegen«, erinnerte er sich später, »aber ich habe eine große Rundfahrt gemacht und mich in der Stadt umgeschaut.« Am 13. August 1961 wurde entlang der Grenzlinie zwischen den beiden Teilen Berlins Stacheldraht ausgerollt. Die Tunnels der U-Bahn wurden rasch abriegelt. Die Ostberliner Polizei nahm Menschen unter Beschuss, die die Grenze zu überqueren versuchten. Die Stadt Berlin war abermals zu einem Opfer des Kalten Krieges geworden. Aber diesmal schien die Teilung dauerhaft zu sein.

Doch der Bau der Berliner Mauer zeigte die Schwäche, nicht die Stärke des Ostblocks. Die Einwohner Berlins setzten sich so gut wie möglich zur Wehr. »Da gab es diese Straße, auf der wir so oft unterwegs waren«, erinnerte sich ein Berliner, »und die durch die Mauer in der Mitte geteilt wurde. Die Straße lag im Westen, aber die Häuser standen im Osten. Die Soldaten mauerten die Haustüren zu, aber die Leute sprangen von oben aus den Fenstern. Einige von uns haben auf der Westseite versucht, den Mörtel von der Mauer abzuklopfen, bevor er trocken werden konnte. Wir waren ein kleiner entschlossener Haufen; am liebsten hätten wir uns mit vereinten Kräften gegen die Mauer geworfen.« Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, bezeichnete diese Maßnahmen zur Abriegelung des Sowjetsektors als ein »empörendes Unrecht«. In seiner Rundfunkansprache an alle Berliner warnte er den Osten vor den Konsequenzen:

»[...] Es wird keinen Bestand haben. Wir werden in Zukunft noch sehr viel mehr Menschen als früher nach Berlin bringen, aus allen Teilen der Welt, damit sie die kalte, die nackte, die brutale Wirklichkeit eines Systems sehen können, das den Menschen das Paradies auf Erden versprochen hat.«

Chruschtschow dagegen glaubte, einen Weg gefunden zu haben, um sein Problem in Berlin ohne eine direkte Konfrontation mit den Vereinigten Staaten lösen zu können. Er erklärte seinen osteuropäischen Verbündeten:

»Wir sollten den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht erzwingen, sondern kontinuierlich weitermachen ... Wir sollten weiter Druck ausüben ... Wir sollten im Hinblick auf die Rechte der Westalliierten eine Salamitaktik verfolgen ... Wir müssen unseren Weg fortsetzen, sie auseinanderdividieren, sämtliche Möglichkeiten nutzen.« Kennedy lehnte einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Berlin ab und bestand darauf, dass amerikanische Offiziere weiterhin Zugang nach Ostberlin erhielten. Mehrere Monate lang spielten die Amerikaner, die Sowjets und die Ostdeutschen in Berlin Katz und Maus. Dreizehn Menschen wurden getötet, als sie nach dem Bau der Mauer versuchten, den Ostteil der Stadt zu verlassen. Einer davon war der 25-jährige Werner Probst, der im Begriff war, die Spree zu durchschwimmen. Die ostdeutschen Grenzpolizisten erschossen ihn in dem Augenblick, als er auf der westlichen Seite nach einer Leiter greifen wollte. Willy Brandt ließ daraufhin Lautsprecher entlang der Mauer aufstellen, aus denen verkündet wurde: »Wer einen Menschen erschießt, der von Deutschland nach Deutschland gehen will, begeht einen Mord. Niemand soll glauben, er könne sich eines Tages, wenn er zur Rechenschaft gezogen wird, auf höheren Befehl berufen. Mord bleibt Mord – auch wenn er befohlen wurde.«

Für Kennedy und Chruschtschow blieb die Lage mehrere Monate lang angespannt. Am 27. Oktober standen sich sowjetische und amerikanische Panzer 24 Stunden lang am Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße im Herzen Berlins gegenüber. Allmählich begriff man im Weißen Haus, dass die Sowjets nicht versuchen würden, die Amerikaner mit Gewalt aus Berlin zu vertreiben, obwohl sie die Stadt noch stärker in den Griff nahmen. Kennedy erkannte umgehend den enormen Propagandawert der Mauer, glaubte aber nicht, dass die USA viel unternehmen konnten, außer dem Regierenden Bürgermeister Brandt, der westdeutschen Regierung und den NATO-Verbündeten zu versichern, dass die Vereinigten Staaten von Amerika alles tun würden, um Westberlin im Falle eines Angriffs durch den Ostblock zu verteidigen. In privaten Gesprächen bemerkte der Präsident, dass dies »keine schöne Situation [ist], aber eine Mauer ist hundertmal besser als ein Krieg.« Brandt war empört über die Feigheit des amerikanischen Präsidenten, wie er dessen Einstellung empfand, und fürchtete um die Zukunft seiner Stadthälfte. Auch andere westeuropäische Staatsoberhäupter, vor allem de Gaulle, hielten Kennedy für einen Schwächling. Das deutsche

Volk, erklärte de Gaulle, könne »das Gefühl bekommen, dass es verraten worden ist«. Er sei nicht bereit, sich »an einem solchen Arrangement zu beteiligen. Die Deutschen sollen wissen, dass sie im Westen zumindest noch einen Freund haben.«

Trotz aller Kritik ist nur schwer zu erkennen, was Kennedy in der Berlinfrage mehr hätte tun können, als mit Krieg zu drohen. Der Präsident wollte sich von Chruschtschow nicht herumschubsen lassen. Doch Kennedy verstand wesentlich besser als seine Vorgänger, worum es im Kalten Krieg ging, und aus dem Wiener Gipfeltreffen hatte er den Schluss gezogen, dass Chruschtschow die Berlinfrage hochspielte, um die Probleme Ostdeutschlands zu lösen, nicht weil er beabsichtigt hätte, die Stabilität in Europa allgemein infrage zu stellen. Prestige spielte für Kennedy eine wesentliche Rolle, und es war für ihn ebenso wichtig wie für de Gaulle, Westdeutschland in der NATO zu halten und zu verhindern, dass der betagte deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer der Versuchung erlag, direkt mit den Sowjets zu verhandeln, um die Wiedervereinigung im Austausch dafür zu erreichen, dass Deutschland im Kalten Krieg eine neutrale Position einnahm. Doch die Abriegelung Ostberlins beeinträchtigte nicht das politische Kräfteverhältnis in Europa, aber Kennedy erkannte, wie schlimm dies auch im Hinblick auf die Menschenrechte war.

Wie aufgrund seines Denkens zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme zu erwarten war, legte Kennedy eher im Hinblick auf Europa als auf die Dritte Welt eine besonnene Haltung an den Tag. Die weitaus größte Herausforderung für ihn stellte der Umsturz in Kuba dar, ein regionales Problem, mit dem sich schon Eisenhower beschäftigt hatte, das für den General jedoch keine vorrangige Bedeutung besessen hatte. Kuba wurde aber allmählich zu einem wichtigen Akteur im Kalten Krieg und als Verbündeter der Sowjetunion auch eine bedeutende Macht in der Dritten Welt. Als Kennedy Präsident wurde, stellte sich in Washington die Frage, wie man mit der kubanischen Revolution umgehen solle, einem Umsturz, durch den ein radikales und militantes Regime im bevölkerungsreichsten Land der Karibik, das nur 140 Kilometer von der Küste Floridas entfernt lag, an die Macht gekommen war.

Die kubanische Revolution war die Folge jahrelanger Misswirtschaft durch Fulgencio Batista, einen populistischen Präsidenten, der zunehmend diktatorischer agierte. Sie spiegelte auch die weitverbreitete Armut und die

soziale Ungerechtigkeit in den ländlichen Gebieten wider, wenngleich diese Verhältnisse nicht schlimmer waren als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Von Beginn an spielte der nationalistische Widerstand gegen die Kontrolle durch die USA eine wichtige Rolle in der Revolution. Kuba war in seiner Geschichte mehrmals von den USA besetzt worden, und einige kubanische Wirtschaftszweige, wie insbesondere die lebenswichtige Zuckerindustrie, wurden von US-amerikanischen Konzernen beherrscht. In den letzten Jahren seines Regimes hatte sich Batista enger an die Amerikaner gebunden, zum Teil um seine politische Schwäche zu Hause auszugleichen. Ende der fünfziger Jahre erschien das Land reif für einen politischen Wechsel.

Dieses Machtvakuum wurde durch Fidel Castro und seine Gruppe im Exil lebender Revolutionäre aus Kuba und anderen lateinamerikanischen Ländern gefüllt. Castro wurde 1926 als Sohn eines spanischen Einwanderers geboren, der in Kuba zu einem wohlhabenden Farmer geworden war. Schon als Student hatte sich Castro als Regierungsgegner radikalisiert, kämpfte für soziale Gerechtigkeit und lateinamerikanische Solidarität und wandte sich gegen die Beherrschung Kubas durch die USA. Der machtbewusste junge Mann, der anfänglich mehr ein Aufständischer, denn ein Kommunist war, bemerkte einmal gegenüber einem Freund, dass er nur Kommunist werden würde, »wenn ich wie Stalin sein kann«. Aufgrund seiner politischen Aktivitäten musste Castro 1955 nach Mexiko ins Exil gehen, von wo er zusammen mit einer kleinen Gruppe von Revolutionären im folgenden Jahr wieder heimlich nach Kuba zurückzukehren versuchte. Mit einem undichten Boot namens Granma, das er einem Amerikaner in Veracruz abgekauft hatte, landete er im Dezember 1956 an der Küste und schlug sich mit seinen Gesinnungsgenossen ins Landesinnere durch. Die neunzehn Überlebenden richteten sich in der Sierra Maestra ein, einer Bergkette im Südosten Kubas, in der Castro, sein Bruder Raúl und der argentinische Kommunist Ernesto »Che« Guevara sich als fähige Guerillaführer erwiesen und geschickt Angriffe auf das Batista-Regime unternahmen und unter den örtlichen Bauern, den Arbeitern auf den Zuckerrohrplantagen und jungen Stadtbewohnern Anhänger rekrutierten. Als das Batista-Regime 1958 aufgrund wirtschaftspolitischer Fehler, interner Zwistigkeiten und Konflikten mit der Regierung Eisenhower in ernste Schwierigkeiten geriet, begannen Castros Kämpfer mit größeren Operationen im gesamten Osten der

Insel. Während sich seine Regierung allmählich auflöste, verließ Batista mit einem Großteil seines Vermögens das Land. Am 2. Januar 1959 zogen die Revolutionäre triumphal in die Hauptstadt Havanna ein.

Ihr plötzlicher Sieg kam für Castro ebenso überraschend wie für alle anderen Beobachter. Da sie auf die Machtübernahme vollkommen unvorbereitet waren, versuchten die Revolutionäre, liberale und als Batista-Gegner bekannte Persönlichkeiten für ihre Regierung zu gewinnen. Fidel Castro, der mit dem Marxismus sympathisierte und von seinem kommunistischen Bruder Raúl beeinflusst wurde, begann aber auch bald, mit Mitgliedern der Kommunistischen Partei Kubas zusammenzuarbeiten. Che Guevara, der sich besser mit Guerillataktik auskannte als mit Wirtschaft, wurde dennoch zum Leiter der Nationalbank bestellt. Doch es bestand kein Zweifel, wer das Sagen hatte und wer die Leitlinien des Programms für den gesellschaftlichen Wandel festlegte, das von der neuen Regierung auf den Weg gebracht wurde. Fidel Castro wollte Kuba von Glücksspiel, Prostitution und all den anderen Übeln säubern, die seiner Ansicht nach von den Amerikanern ins Land gebracht worden waren. Er verordnete eine durchgreifende Landreform, eine Senkung der Mieten und eine Erhöhung der Löhne. Zudem begann die Regierung unter seiner Ägide, ehrgeizige Pläne zur Verbesserung des Schulwesens und der Gesundheitsversorgung zu entwickeln. Ranghohe Mitglieder des vorherigen Regimes kamen in Haft, Hunderte wurden nach kurzen Verhandlungen vor »Revolutionstribunalen« durch Erschießungskommandos exekutiert. Das Regime Fidel Castros war autoritär und oft auch grausam. Im Laufe der Zeit brachen mehrere einstige Mitkämpfer mit ihm und gingen ins Exil. Die Gebrüder Castro und ihre Anhänger rechtfertigten die Repressionen mit der Behauptung, dass sich die Revolution gegen ihre Feinde verteidigen müsse.

Die Administration unter Eisenhower war über die radikalen und autoritären Züge des neuen Regimes und über den Einfluss der Kommunisten in der Regierung besorgt. Dennoch hoffte man in Washington zunächst, dass es möglich sein würde, diese Entwicklungen im Laufe der Zeit einzudämmen. Kurz nach dem Umsturz trat Fidel Castro in der damals beliebtesten amerikanischen Fernsehtalkshow auf und erzählte auf Englisch von seiner katholischen Erziehung und seiner Liebe zu Baseball. Im April 1959 besuchte er die USA und wurde überall, wo er erschien, von der Presse und von großen Menschenmengen wie ein Popstar gefeiert. In einem Interview

mit dem *Wall Street Journal* ermutigte er amerikanische Unternehmen zu Investitionen in Kuba und versprach ihnen Steuervergünstigungen. [...]

Bereits 1960 waren die Beziehungen zwischen Kuba und den USA irreparabel beschädigt. Eisenhower wollte Castro loswerden und wies die CIA-Agenten an, Mittel und Wege zu finden, um Castros Macht auf Kuba einzuschränken. Als Kuba den Grundbesitz der US-amerikanisch geführten Zuckerunternehmen verstaatlichte, reagierten die USA mit einer Begrenzung der für Kuba lebenswichtigen Zuckereinfuhren. Daraufhin wandte sich Castro der Sowjetunion zu. Seine wachsende Aufgeschlossenheit für den orthodoxen Marxismus-Leninismus hätte ihn den Sowjets wahrscheinlich ohnehin in die Arme getrieben, doch das angespannte Verhältnis zu den USA förderte diese Entwicklung. Im Februar 1960 besuchte der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Anastas Mikojan Kuba, versprach dem Land Kredite und unterzeichnete ein Abkommen, nach dem Kuba preisgünstiges Erdöl erhalten und dafür Zucker in die UdSSR liefern sollte. Mikojan schickte enthusiastische Berichte nach Moskau. »Dies ist eine echte Revolution«, erklärte er dem KGB-Vertreter, der ihn begleitete. »Genau wie die unsrige. Ich bin mir vorgekommen, als wäre ich zurückgekehrt in meine Jugend!« Als sich die in amerikanischem Besitz befindlichen Ölraffinerien auf Kuba weigerten, sowjetisches Rohöl zu verarbeiten, wurden sie von Castro verstaatlicht. Eisenhower verhängte daraufhin im Oktober 1960 ein Handelsembargo gegen Kuba. In der Folge nationalisierte Castro auch den übrigen amerikanischen Besitz auf der Insel. Im Januar 1961, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt, brach Eisenhower die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Als Kennedy ins Amt kam, erfuhr er, dass Eisenhower im März 1960, kurz nach Mikojans Besuch, ein Programm mit verdeckten Operationen gegen Kuba gestartet hatte. Die CIA ließ kubanische Exilanten militärisch ausbilden und sabotierte mittels ihrer Agenten Waffenlieferungen nach Kuba und Industrieanlagen auf der Insel. Zudem begann sie, Attentatspläne gegen Fidel Castro zu schmieden, die von enttäuschten Kubanern oder mithilfe von US-amerikanischen Kriminellen ausgeführt werden sollten, deren Aktivitäten auf der Insel durch die Revolution unterbunden worden waren. Eisenhower hatte noch gezögert, grünes Licht für einen ernsthaften Versuch zu geben, Castro zu stürzen, doch er war von einer ähn-

lichen Operation sehr angetan, die 1954 zum Sturz des guatemalteken Präsidenten Jacobo Árbenz geführt hatte. Kennedy aber wurden die Invasionspläne gewissermaßen als eine beschlossene Sache dargestellt, die von der Vorgängerregierung abgesegnet worden sei, wodurch es für den neuen Präsidenten schwieriger wurde, eine andere Entscheidung zu treffen, selbst wenn er dies gewollt hätte.

Tatsächlich gibt es praktisch keine Anhaltspunkte dafür, dass Kennedy gegenüber Kuba ein anderes Vorgehen gewünscht hätte als sein Amtsvorgänger. Im Wahlkampf hatte JFK Nixon (und damit indirekt auch Eisenhower) vorgeworfen, eine falsche Politik gegenüber Kuba zu verfolgen, weil er das Batista-Regime unterstütze und »keine Erfolge« gegen die Kommunisten vorzuweisen habe. »Wir standen nie auf der Seite der Freiheit; wir haben nie unseren Einfluss genutzt, wenn wir ihn dringend hätten einsetzen müssen – und heute ist Kuba für die Freiheit verloren«, hatte Kennedy noch als Präsidentschaftskandidat verlautbart. Sowohl das Militär als auch die CIA billigten den Invasionsplan und erklärten sich bereit, ihn umzusetzen, während Präsident Kennedy darauf drängte, dass die Beteiligung der USA nicht allzu deutlich sichtbar werden sollte. Kennedy bewunderte die Geheimdienste im Allgemeinen wegen ihrer Flexibilität und ihres intellektuellen Scharfsinns und hatte Allen Dulles, der unter der Regierung Eisenhower Direktor der CIA gewesen war, in seinem Amt belassen. »Wenn ich schnell bestimmtes Material oder eine bestimmte Information brauche, ist die CIA der Adressat, an den ich mich wenden kann. Das Außenministerium braucht vier oder fünf Tage, bis ich ein schlichtes Ja oder Nein als Antwort bekomme«, erklärte Kennedy.

Der Invasionsplan, der am 17. April 1961 ausgeführt wurde, war ein Fehlschlag auf der ganzen Linie. Getrieben von dem Verlangen, Castro zu beseitigen, und dem Wunsch, eine unmittelbare US-Beteiligung zu verschleiern, hatte Kennedy 1400 konterrevolutionäre kubanische Kämpfer, die in den USA ausgebildet worden waren, von Guatemala aus auf die Insel geschickt. Doch abgesehen von Bombenangriffen durch US-Flugzeuge, die von Exilkubanern geflogen wurden, erlaubte der Präsident keine weitere US-amerikanische Luftunterstützung. Es gab keine kubanische politische Organisation, welche die Verantwortung für die Operation übernahm. Die CIA hatte erwartet, dass der Präsident ein direktes Eingreifen der USA erlauben würde, wenn das Landungsunternehmen schiefging, doch JFK tat nichts

dergleichen. Stattdessen wurden die Invasoren in der Bahía de Cochinos (Schweinebucht), 240 Kilometer von Havanna entfernt, von kubanischen Soldaten gefangengenommen, im kubanischen Fernsehen vorgeführt und in Gefangenenlager gesteckt. Als er seine neuen Gefangenen aufsuchte, erklärte Castro, »die Menschen verlangen, dass alle Invasoren hingerichtet werden ... Es wäre einfach, Sie alle zu exekutieren, aber das würde unseren Sieg nur schmälern. Die am wenigsten Schuldigen würden den Preis für die mit der größten Schuld zahlen.«

Für die kubanischen Revolutionäre eröffnete die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht neue Chancen. Bei einem Treffen mit US-Vertretern im Sommer desselben Jahres sagte Che Guevara diesen, »dass er [den Vereinigten Staaten] für die Invasion großen Dank abstatten möchte – dass es ein großer politischer Sieg für sie gewesen sei – es ihnen ermöglicht habe, ihre Herrschaft zu festigen – und sie dadurch von einem gekränkten kleinen Land zu einem gleichberechtigten Land geworden seien«. Fidel Castro wusste, dass die Bedrohung noch nicht vorüber war. Er wusste aber auch, dass er nun seine Präferenzen und seine internationalen Sympathien deutlicher zum Ausdruck bringen konnte. »Die Gefahr einer direkten Aggression könnte nach diesem Fehlschlag abermals zunehmen«, teilte er den Kubanern in einer Radioansprache mit. »Wir haben gesagt, dass der Imperialismus verschwinden wird. Wir wünschen nicht, dass er Selbstmord begeht; wir möchten, dass er eines natürlichen Todes stirbt ... Doch dieses System erfordert Produktion für den Krieg, nicht für den Frieden. Wie sehr unterscheidet es sich von der Sowjetunion ...«

Als Castro den Vorfall in der Schweinebucht nutzte, um sich weiter der Sowjetunion anzunähern, sowohl in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als auch in Bezug auf die nationale Sicherheit, zog Kennedy seine eigenen Schlussfolgerungen: »Fünf Minuten nachdem wir es zu begreifen begonnen hatten, schauten wir uns an und sagten ›Wie konnten wir so töricht sein?‹«, erklärte der Präsident gegenüber einem Freund. »Als wir erkannten, wie sehr alles schiefgelaufen war, fragten wir uns, warum das niemand schon am Anfang gesehen hatte. Ich glaube, man schottet sich zu sehr von der Wirklichkeit ab, wenn man etwas unbedingt erreichen will.« Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, den er zum Justizminister ernannt hatte, forderte weitere Maßnahmen, um Castro zu stürzen. »Wir müssen uns ernsthaft und unverzüglich diesem Problem widmen und dürfen nicht warten, bis

sich die Situation in Kuba wieder einigermaßen beruhigt hat, nachdem die USA zurückgeschlagen worden sind und mit dem Schwanz zwischen den Beinen abgezogen sind«, drängte Bobby Kennedy seinen Bruder. »Die Zeit für die entscheidende Auseinandersetzung ist gekommen, denn in einem oder in zwei Jahren wird sich die Situation wesentlich verschlechtert haben. Wenn wir verhindern wollen, dass die Russen eine Raketenbasis auf Kuba errichten, müssen wir jetzt entscheiden, was wir unternehmen wollen, um das zu verhindern.«

Neben dem allmählichen Abgleiten in den Vietnamkrieg war die Invasion in der Schweinebucht der größte Fehler in der Präsidentschaft von JFK. Sie stärkte das Regime von Castro mehr, als es Castro selbst jemals vermocht hätte, und sollte zu Kennedys gefährlichster Konfrontation mit der Sowjetunion führen. Kennedys Problem war zum Teil eine Frage der Prioritäten. Seiner Ansicht nach gab es noch viele ungelöste Probleme aus der Zeit der vorhergehenden Regierung, und er glaubte, dass er sich damit zu Beginn seiner Präsidentschaft würde befassen müssen.

Zu den wichtigsten Problemen, die den jungen Präsidenten beschäftigten, gehörte das enorme Wachstum des Nuklearpotentials der beiden Supermächte. Nicht nur die Zahl der amerikanischen Atomsprengköpfe hatte sich im Verlauf von zehn Jahren mehr als verzehnfacht, seit 1962 besaß auch die Sowjetunion eigene Interkontinentalraketen, wenngleich es wesentlich weniger waren, als Kennedy im Präsidentschaftswahlkampf behauptet hatte. Chruschtschow verfügte über rund einhundert Raketen, die möglicherweise das Territorium der USA erreichen konnten. Davon waren ungefähr dreißig auf sowjetischen U-Booten stationiert. Aufgrund der überwältigenden Überlegenheit der amerikanischen Interkontinentalraketen, der atomar bestückten Kurzstreckenraketen, die in Stützpunkten von Grönland über Deutschland und die Türkei bis nach Südkorea aufgestellt waren, sowie der geschätzten 144 Atom-U-Boote hatte Kennedy eigentlich keinen Grund zu Befürchtungen. Problematisch erschien jedoch die strategische Planung der USA, die davon ausging, dass jeder Krieg mit der UdSSR notwendigerweise in einen umfassenden Nuklearkonflikt münden würde.

Kennedy hielt Eisenhowers Abschreckungskonzept für überholt, das auf der Drohung mit massiver nuklearer Vergeltung beruhte. Er bevorzugte eine flexiblere Vergeltung, eine Strategie, die von seinem Verteidigungs-

nister Robert McNamara für den Kriegsfall, zumindest soweit es Europa betraf, entworfen wurde und aus drei Komponenten bestand: Zunächst sollte versucht werden, die Truppen des Warschauer Paktes mit konventionellen (nichtnuklearen) Mitteln zurückzuschlagen. Wenn dies scheiterte, was McNamara aufgrund der konventionellen Überlegenheit der Sowjets in Europa für wahrscheinlich hielt, sollten die USA kleinere, taktische Atomwaffen einsetzen. Nur als letztes Mittel sollten die Amerikaner mit einem umfassenden Atomangriff auf Städte und Militärstützpunkte in der Sowjetunion reagieren. Die Regierung unter Kennedy entwickelte den Single Integrated Operational Plan (SIOP), eine Nuklearstrategie, die darauf beruhte, dass die gesicherte gegenseitige Vernichtung nicht das einzige mögliche Ergebnis im Kriegsfall war.

Chruschtschow war sich über die strategische Überlegenheit der USA auf dem Gebiet der Nuklearwaffen im Klaren. Er reagierte mit einer Mischung aus Bluff und Nervenkrieg darauf. Die Sowjets behaupteten ständig, dass sie größere nukleare Kapazitäten besäßen, als sich aus ihrem aktuellen atomaren Bestand ergab, und versuchten, ihren Mangel an Präzision und ballistischer Erfahrung durch die Entwicklung immer größerer Nuklearwaffen wettzumachen. Die Wasserstoffbombe AN602 – die sogenannte »Zar-Bombe« oder »Superbombe« –, die die Sowjets 1961 testeten, war die stärkste jemals gebaute und gezündete Wasserstoffbombe; ihr Potential war ungefähr um das 1500-fache stärker als die Sprengkraft der beiden Bomben, die im Zweiten Weltkrieg Hiroshima und Nagasaki zerstört hatten oder um das Zehnfache der Sprengkraft aller anderen im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Waffen zusammen. Chruschtschow bekümmerte es nicht, dass die »Zar-Bombe« für praktische militärische Zwecke nicht zu verwenden war. »Ich glaube, dass diejenigen mit den stärksten Nerven die Gewinner sein werden«, meinte er. »Das ist die wichtigste Überlegung im Machtkampf der heutigen Zeit. Die Leute mit schwachen Nerven werden scheitern.«

Im April 1962 kam Chruschtschow auf eine Idee. Frustriert wegen der Ereignisse in Deutschland, wütend auf die Chinesen, die ihn wegen seiner Vorsicht verspotteten, und überzeugt, dass Kennedy zwar unentschlossen sei, aber zunehmend antikommunistischer werde, wollte Chruschtschow etwas unternehmen, um die kubanische Revolution nachhaltig zu sichern. Wie wäre es denn, fragte er den überraschten Mikojan, wenn die Sowjet-

union »sehr schnell« Nuklearwaffen auf Kuba stationieren würde? Die USA hatten Atomraketen in der Türkei aufgestellt, nicht weit entfernt von der Grenze zur Sowjetunion. Warum sollte die Sowjetunion nicht Castros Überleben sicherstellen, indem sie ihre eigenen Atomwaffen auf der Insel stationierte? Es gebe keine andere Möglichkeit, Havanna zu schützen, meinte Chruschtschow – Kuba liege zu nahe an den Vereinigten Staaten, als dass die Sowjets eine Invasion mit konventionellen Mitteln abwehren könnten.

Nachdem die Parteiführung in Moskau das Vorhaben gebilligt hatte, wurde Castro konsultiert, allerdings in einer Form, die Chruschtschows Plan bereits als beschlossene Sache erscheinen ließ. Castro bezweifelte zunächst, dass es klug sei, die Amerikaner noch weiter zu provozieren, und sorgte sich wegen der Reaktion der übrigen lateinamerikanischen Länder. Doch er war auch erfreut darüber, dass die Sowjets Kuba so große Bedeutung beimäßen, und erklärte sich bereit, »in Solidarität« mit seinen neuen Waffenbrüdern in Moskau zu handeln. Der Plan wurde in Angriff genommen. Im Juli 1962 wurde unter strenger Geheimhaltung sowjetisches Militärpersonal nach Kuba verlegt. Anfang September kamen die ersten Raketen an. Zeitweilig waren mehr als 40 000 sowjetische Arbeitskräfte damit beschäftigt, Raketenstellungen zu errichten, die sowohl für defensive als auch für offensive Zwecke genutzt werden konnten. Die größten Atomraketen, die im Oktober 1962 auf Kuba einsatzfähig gemacht wurden, hatten eine maximale Reichweite von 1900 Kilometern und konnten damit auch Städte im Süden und Osten der USA, wie etwa Houston oder Baltimore, erreichen.

Sowohl das US-Militär als auch die CIA hatten schon im Sommer 1962 vermutet, dass die Sowjets beabsichtigen könnten, auf Kuba Raketen zu stationieren. Doch wenn sowjetische Diplomaten auf dieses Thema angesprochen wurden, bestritten sie diese Absicht, wie es ihnen aufgetragen worden war. Mitte Oktober 1962 erbrachte ein Überflug über die Insel durch ein amerikanisches U2-Spionageflugzeug eindeutige Hinweise darauf, dass sich dort Raketenabschussrampen im Bau befanden. Als der Präsident informiert wurde, erbat er sich Bedenkzeit, um in Ruhe eine Reaktion auszuarbeiten. Von Anbeginn der Krise war Kennedy klar, dass er dafür sorgen musste, jegliche sowjetische Raketen aus Kuba verschwinden zu lassen. Die Frage war nur, wie sich dies bewerkstelligen ließ, ohne einen Atomkrieg

zwischen den USA und der UdSSR zu riskieren. Als Kennedy den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am 18. Oktober im Weißen Haus zu einem schon länger geplanten Besuch empfing, leugnete auch Gromyko die sowjetische Raketenstationierung. Die UdSSR verfolge »ausschließlich das Ziel, einen Beitrag zur Verteidigungskraft Kubas zu leisten«, erklärte Gromyko.

Gromykos glatte Lüge überzeugte Kennedy, dass er an die Öffentlichkeit gehen musste. In einer Radio- und Fernsehansprache an das amerikanische Volk am 22. Oktober sprach Kennedy davon, dass von Kuba eine unmittelbare Gefahr ausgehe. »Im Laufe der vergangenen Woche«, sagte der Präsident, »wurde es durch unwiderlegbare Beweise zur Gewissheit, dass Raketenabschussrampen auf dieser geknechteten Insel im Entstehen begriffen sind. Der Zweck dieser Stützpunkte kann kein anderer sein als der, die Möglichkeiten für einen nuklearen Schlag gegen die westliche Hemisphäre vorzubereiten ... Die dreißiger Jahre erteilten uns eine deutliche Lektion: Ein aggressives Gebaren führt, falls man es unkontrolliert und unwidersprochen durchgehen lässt, in letzter Konsequenz zum Krieg.« Daher müsse es die Verpflichtung der USA sein, erklärte Kennedy, »den Einsatz dieser Waffen gegen unser Land oder irgendein anderes Land zu verhindern und ihren Rückzug aus der westlichen Welt oder ihre Ausschaltung zu erreichen.« Nachdem nun die Weltöffentlichkeit über die Krise informiert war, stand Kennedys Glaubwürdigkeit auf dem Spiel: »Ich appelliere an Ministerpräsident Chruschtschow, diese geheime, rücksichtslose und provokatorische Bedrohung des Weltfriedens zu beseitigen und die Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen zu stabilisieren. Ich rufe ihn weiter auf, diese Politik der Weltbeherrschung aufzugeben und sich an den historischen Bemühungen zu beteiligen, das gefährliche Wettrüsten zu beenden und der Geschichte der Menschheit eine andere Richtung zu geben. Er hat jetzt die Gelegenheit, die Welt vom Abgrund der Zerstörung zurückzureißen.«

Hinter verschlossenen Türen verhärteten sich die Positionen. In seiner Ansprache hatte Kennedy eine »strenge Blockade« über alles militärische Offensivmaterial angekündigt, das nach Kuba geliefert werde. Er kündigte auch eine verstärkte Überwachung der Insel an und gab bekannt, dass jeder Versuch, Aufklärungsflüge über den kubanischen Luftraum durch US-Flugzeuge zu verhindern, als kriegerischer Akt aufgefasst werden würde.

Weder Kennedy noch die übrigen Mitglieder seines Beraterstabs (Executive Committee oder ExComm) erkannten, dass es den Sowjets darum ging, die kubanische Revolution zu verteidigen und dass Kuba seine Souveränität gewahrt wissen wollte. Der Präsident und das gesamte politische Washington betrachteten die sowjetischen Aktivitäten als Vorbereitungen für einen Angriff auf die Vereinigten Staaten und als ein Mittel, durch das die (legitime) Herrschaft der USA über die westliche Hemisphäre beeinträchtigt werden könnte. Zu Beginn der Krise hätten sie lieber einen Krieg riskiert, als einen Kompromiss zu akzeptieren.

Kennedys größte Stärke während der kubanischen Raketenkrise bestand darin, dass er trotz seiner allgemeinen harten Linie stets auch der Diplomatie eine Chance gab. Als die Welt am 23. Oktober den Atem anhielt und darauf wartete, was geschehen würde, wenn sowjetische Schiffe, die nach Kuba unterwegs waren, von der US-Navy abgefangen werden würden, sondierte Kennedy im Verborgenen, wie die Krise gelöst und ein Atomkrieg vermieden werden könnte. Auf der einen Seite musste er die Hitzköpfe in seinem Land im Zaum halten, die sofortige Luftschläge gegen die sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba durchführen wollten. Ein solcher Angriff, das wusste Kennedy, würde einen globalen Atomkrieg gegen die UdSSR heraufbeschwören. Auf der anderen Seite musste er eine Lösung finden, die zu einer Beseitigung der Raketen führte und die USA als Sieger erscheinen ließ. Als Chruschtschow, der selbst unter Druck stand und eine Konfrontation vermeiden musste, die sowjetischen Schiffe abdrehen ließ, glaubte der US-Präsident, er habe einen Durchbruch erzielt.

Doch Chruschtschow hatte nicht die Absicht nachzugeben. Wie Kennedy brauchte auch er eine Atempause, er sandte aber dem US-Präsidenten ein Schreiben, in dem er dessen Forderungen zurückwies und die seiner Ansicht nach illegale US-Blockade Kubas verurteilte. Daraufhin wurden weltweit sowjetische und amerikanische Streitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt. [...]

Am Ende der zweiten Krisenwoche wurde der Aufbau der Invasionsstreitmacht der USA in Florida und entlang der Golfküste fortgesetzt. Die Überflüge über die Insel durch amerikanische Flugzeuge wurden verstärkt. In amerikanischen Städten und auch in anderen Teilen der Welt begann sich Angst zu verbreiten, auch in der Sowjetunion, wo die Behörden zu verhindern versuchten, dass die Bevölkerung über die Krise informiert wurde.

Am 27. Oktober wurde ein amerikanisches U2-Aufklärungsflugzeug bei einem Überflug über Kuba durch eine sowjetische Flugabwehrrakete abgeschossen. Alle Beteiligten befürchteten nun, dass der Krieg unmittelbar bevorstehen würde. Castro schrieb eine Art Abschiedsbrief an Chruschtschow, in dem er ihn drängte, einen atomaren Erstschlag gegen die USA zu unternehmen, wenn die Amerikaner in Kuba einmarschierten. »Ich glaube, dass die Imperialisten durch ihre Aggressivität extrem gefährlich sind, und wenn es ihnen gelingt, eine Invasion Kubas durchzuführen ... dann wäre dies der geeignete Augenblick, um diese Gefahr für immer zu beseitigen, in einem Akt höchst legitimer Selbstverteidigung. Wie hart und wie schrecklich diese Lösung auch sein mag, es gibt keine andere.«

Doch Kennedy spielte nach wie vor auf Zeit. Entgegen früheren Anweisungen untersagte er der US-Luftwaffe, die Raketenstellung zu zerstören, die das Aufklärungsflugzeug abgeschossen hatte. Die meisten Mitglieder des ExComm hatten seit einer Woche das Weiße Haus nicht mehr verlassen. An diesem Abend schickte Kennedy sie nach Hause. McNamara erinnerte sich später: »Es war ein wunderschöner Herbstabend in Washington. Ich verließ das Arbeitszimmer des Präsidenten, und als ich hinausging ins Freie, dachte ich, dass ich vielleicht keinen weiteren Samstagabend mehr erleben würde.« Am selben Abend fand ein Geheimgespräch zwischen Robert Kennedy und Anatoli Dobrynin statt, dem sowjetischen Botschafter in den USA. Kennedy bot dem Russen an, dass die Vereinigten Staaten auf eine Invasion Kubas verzichten und vielleicht auch einem Abzug der in der Türkei stationierten amerikanischen Jupiter-Raketen zustimmen würden, falls die Sowjets alle ihre Mittelstreckenraketen aus Kuba zurückzögen. Chruschtschow, dem bewusst war, dass die Welt am Rande eines Krieges stand, entschloss sich, das Angebot anzunehmen. Da er wusste, dass die Zeit knapp wurde, ließ er seine Zustimmung in der Nacht öffentlich über Radio Moskau verlesen. Die Meldung wurde sogar zweimal wiederholt. Am Morgen des 28. Oktober war die unmittelbare Krise vorüber.

Die kubanische Raketenkrise war die gefährlichste nukleare Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Kalten Krieg (wenn auch nicht die einzige). Die Historiker diskutierten darüber, wer gewonnen und wer verloren hatte. Die wahre Antwort lautet jedoch, dass alle gewonnen hatten, weil ein Atomkrieg abgewendet werden konnte.

Es ist aber auch klar, dass Chruschtschows Verluste am größten waren, weil er auf eine öffentliche und allgemein erkennbare Weise gezwungen wurde, seine Raketen aus Kuba abzuziehen. Warum machte Chruschtschow einen Rückzieher? Er wusste, dass die Sowjetunion unter einem Atomkrieg am stärksten leiden würde, weil sie den USA wesentlich weniger Schaden hätte zufügen können als umgekehrt. Er fürchtete auch um das Überleben seines Regimes im Fall eines Krieges. Der Hauptgrund war aber wohl die marxistische Ideologie. Chruschtschow glaubte, dass sich der Kommunismus weltweit im Aufstieg befände und dass seine historische Rolle darin bestehe, die Sowjetunion durch eine Phase zu führen, in der sich das globale Kräfteverhältnis allein durch das Wirken der geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten verändere. Ein Atomkrieg würde diese historische Entwicklung zunichtemachen. Chruschtschow wollte den Triumph des Kommunismus feiern, nicht bei seiner Beerdigung die Grabrede halten.

In der Krise hatte sich Präsident Kennedy als geschickter politischer Führer und Diplomat erwiesen. Er war hohe Risiken eingegangen, und wenn Chruschtschow keinen Rückzieher gemacht hätte, wäre es wahrscheinlich gewesen, dass er sein Land in einen Atomkrieg geführt hätte. Doch die Risiken, die er einging, waren Risiken, die die meisten Amerikaner bereitwillig auf sich nahmen, um ihre wachsende globale Vorherrschaft zu bewahren. John F. Kennedy managte die Raketenkrise erfolgreich, weil er sich mit den Einstellungen seiner Wähler im Einklang befand, aber auch, weil er darüber hinaus die wirkungsvollen Mittel der Diplomatie nutzte, der offenen wie der verdeckten Diplomatie. Mithilfe dieser Mittel konnte am Ende eine »Lösung« gefunden werden – wie unbefriedigend, unvollständig und dürftig sie auch war.

Castro war wütend, wie er später selbst bekannte. »Wir waren erzürnt. Wie erfuhren wir von der Einigung? Durch das Radio, am Morgen des 28. Oktober. Es kam die Meldung, dass eine Einigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten erzielt worden sei, dass Kennedy Chruschtschow eine Garantie angeboten habe. Es war wirklich eine schmachvolle Vereinbarung. Ich hätte nie gedacht, dass sie so etwas tun könnten.« Der kubanische Führer wäre lieber gestorben, als in Schande zu leben. Seine Beziehungen zur Sowjetunion waren danach nicht mehr dieselben, wenngleich die beiden Länder für den Rest des Kalten Krieges enge Verbündete blieben.

John F. Kennedy wurde im November 1963 bei einem Attentat ermordet. Er wurde 46 Jahre alt. Wäre er am Leben geblieben und 1964 wiedergewählt worden, hätte er dann jener Präsident werden können, der den Kalten Krieg beendet hätte? Dafür gibt es nur sehr wenige Anhaltspunkte, obgleich Kennedy nach dem Oktober 1962 in seiner Außenpolitik konzentrierter und umsichtiger vorging. Er verfolgte nach wie vor das Ziel, den Kalten Krieg zu gewinnen, auch wenn er dabei Krisen vermeiden musste, die zu einem großen Konflikt führen konnten. Kennedy war nach wie vor überzeugt, dass die Sowjetunion eine globale Bedrohung der amerikanischen Interessen darstellte und dass die USA derartige Bedrohungen abwehren mussten. In einer öffentlichen Rede ein Jahr später erklärte der Präsident im Rückblick auf die Raketenkrise, dass er auf »eine stetige Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion« hoffe, sich dabei aber niemals »Illusionen über die Methoden oder die Ziele des Kommunismus« hingeben würde.

Eine wichtige Erkenntnis der Krise war auch der Umstand, wie viel beide Seiten übereinander wussten, durch Spionage wie durch die Nutzung öffentlicher Quellen. Schon immer hatte Spionage im Kalten Krieg eine wesentliche Rolle gespielt, aber in den sechziger und siebziger Jahren gewann sie eine neue Bedeutung. In den ersten Nachkriegsjahren nach 1945 hatten die Sowjets auf diesem Gebiet die größten Erfolge erzielt. Durch Klaus Fuchs und andere Atomspione hatte Stalin alles erfahren, was er über das amerikanische Nuklearprogramm wissen musste. Völlig düpiert war das britische Außenministerium, als 1951 bekannt wurde, dass der Leiter seiner Amerika-Abteilung, Donald Maclean, ein sowjetischer Spion war. Maclean konnte sich nach Moskau absetzen – und mit ihm weitere Mitglieder des Spionagerings »Cambridge Five«, dem er angehörte. Darunter zählte auch Kim Philby, der wichtigste Verbindungsmann des britischen Geheimdiensts zu den Amerikanern. Eine schlimmere Katastrophe ist für einen Geheimdienst gar nicht denkbar.

Die Kräfteverhältnisse finden in den sechziger Jahren an, sich im Reich der Spionage von Grund auf zu verändern. Das hatte möglicherweise damit zu tun, dass die Sowjetunion nach den Ereignissen in Ungarn für viele gebildete Menschen im Westen an Anziehungskraft verlor, wodurch es schwieriger wurde, ideologisch motivierte Spione anzuwerben. Zugleich gelang es nun Europa und den USA, das Problem der sozialen Ungleichheit besser in den Griff zu bekommen als vorher: In den sechziger Jahren waren

die wertvollsten Spione Sowjetbürger, die unzufrieden waren mit ihrer eigenen Gesellschaft. Anatoli Golizyn, Oleg Penkowski, Dimitri Poljakow und andere sowjetische Geheimdienstoffiziere, die wichtige Informationen an den Westen lieferten, gaben alle später an, sie wünschten, dass der Westen den Kalten Krieg gewinnen würde. Penkowski erklärte, dass er sich als »Kämpfer für die Sache der Wahrheit, für die Ideale einer wahrhaftig freien Welt und die Demokratie« verstehe. »Ich möchte meinen Beitrag leisten, es ist vielleicht nur ein bescheidener, in meinen Augen aber ein wichtiger Beitrag zu unserer gemeinsamen Sache.« Poljakow, der im sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU bis in den Rang eines Generalmajors aufstieg, war nach Angaben seines amerikanischen Führungsoffiziers »unser Kronjuwel ... zumindest meines Wissen nach die beste Quelle, die die amerikanischen Nachrichtendienste jemals hatten, und ich würde sagen, ... auch die beste Quelle, die jemals ein Geheimdienst hatte.«

Trotz der Vorteile, die er gegenüber seinen Gegenspielern besaß, war JFK in seinem letzten Amtsjahr weitgehend mit innenpolitischen Krisen beschäftigt, wie insbesondere der erstarkenden Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner, der Ausweitung des Vietnamkriegs und dem Versuch, die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Er einigte sich mit Chruschtschow auf ein begrenztes Atomteststoppabkommen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Dies war zwar nur ein kleiner Schritt, den die Chinesen aber als sie gerichtet auffassten, weil China inzwischen kurz vor seinem ersten Test einer Atomrakete stand. Dennoch signalisierte dieser Bewegung aufeinander zu, dass es kritische Punkte gab, in denen sich die UdSSR und die USA verständigen konnten. Denn die chinesischen Kommunisten hielt Eisenhower wie auch Kennedy für wesentlich unberechenbarer als ihre sowjetischen Gesinnungsgenossen.